



**Wo viel Licht, da viel Schatten:** Im reichen Europa finden sich nach wie vor Regionen, an denen der Aufschwung vorbei gegangen ist. Zu den Hinterhöfen des Kontinents zählen Albanien, ein ewiger Paria, und Transnistrien, quasi ein geschichtlicher Kollateralschaden der Wende.

## In den Hinterhöfen Europas

**E**s liegt nur ein paar Autostunden von der österreichischen Grenze entfernt, doch ferner konnte ein Land kaum je sein: Albanien, jener merkwürdige Staat, der bis in die 1980er Jahre abgeschottet am Rande der Adria lag und den man danach hauptsächlich mit Chaos und Konflikten in Zusammenhang brachte.

Mit der Zeit dürften sich die Dinge zwar beruhigt haben. Staatschef Sali Berisha hat angekündigt, noch heuer einen Antrag auf EU-Beitritt zu stellen, und die Nationalitätskonflikte auf dem Balkan scheinen endgültig Geschichte zu sein.

Doch was Albanien vom Rest Europas unterscheidet, ist – neben seinen stolzen, störrischen Bewohnern, den Skipetaren – seine überaus wechselhafte Geschichte und seine gelinde gesagt interessante Rolle in der kommunistischen Ära.

Zur vorigen Jahrhundertwende noch ein Fürstentum, verschwand Albanien bis zum Zweiten Weltkrieg abwechselnd von der Landkarte und erschien darauf wieder unter anderem als Republik und als Königreich, bis 1944 eine kommunistische Diktatur unter Enver Hoxha etabliert wurde. Das Problem: Bei der Konferenz von Jalta, wo die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs die Nachkriegsordnung in Europa festlegten, wurde Albanien schlicht vergessen. So blieb Hoxha nicht viel mehr übrig, als sich an das damalige Jugoslawien anzulehnen und Titos Vergesellschaftungen und Bodenreformen zu übernehmen. Tito hatte damals von Stalin sogar freie Hand, Albanien zu „schlucken“, schreibt der Balkan-Historiker und Schriftsteller Milovan Djilas.

### Chinas Außenposten

Doch dazu kam es nicht, vielmehr folgte nach Stalins Tod der Bruch Hoxhas mit Chruschtschow und die Anlehnung an China mit dem denkwürdigen Effekt, dass Peking Albanien als seinen Außenposten in Europa



**Albanien hat für ein europäisches Land eine äußerst wechselhafte Geschichte, die in der seltsamen Totalabschottung in den 1970er und 1980er Jahren gipfelte. Jetzt bemüht sich Tirana um einen EU-Beitritt.** Foto: APA/David Kriegleder

aufbaute. Albanien begriff sich nun als maoistisch und wurde überdies 1967 zum ersten atheistischen Staat der Welt.

„Wir haben seit 2005 Hunderte Kriminelle vor Gericht gestellt.“

SALI BERISHA,  
ALBANISCHER  
REGIERUNGSCHEF

Das alles passierte vor der Nase des Westens, was heute kaum mehr vorstellbar ist. Durch die extreme Abschottung des Landes waren die Effekte aber denkbar gering, und in den Balkankriegen der 1990er Jahre ging alles sprichwörtlich in Rauch auf.

Heute ist Albanien noch immer eines der ärmsten und politisch instabilsten Länder Europas. Eine Tatsache, durch die die EU-Beitrittsbestrebungen Berishas in der restlichen EU eher „zurückhaltend“ aufgenommen wurden. Er hoffe allerdings, dass die Bemühungen

seines Landes im Kampf gegen Korruption und das organisierte Verbrechen von den EU-Staaten anerkannt würden, sagte Berisha. Bis 2005 seien in Albanien ganze Städte und Bezirke sowie Grenzübergänge und Häfen von kriminellen Banden kontrolliert worden. Man habe aber bisher „Hunderte Kriminelle“ vor Gericht gestellt.

Erhebliche Probleme mit Kriminalität und noch größere mit internationaler Anerkennung hat auch die Region Transnistrien, ein Restposten des Zerfalls der Sowjetunion, etwas „wohlhabender“ als das äußerst arme Moldawien, in dessen östlichem Teil es liegt. Transnistrien, das sich selbst als unabhängige Transnistrische Moldauische Republik sieht, verfügt über einen eigenen Präsidenten, eine eigene Währung und stellt eigene Pässe aus, wird aber von keinem Staat der Welt anerkannt. Als solches hat es immerhin die Mitgliedschaft in der „Gemeinschaft nicht anerkannter Staaten“ inne, eine Vereinigung ehemaliger UdSSR-Regionen, in der sich

auch Abchasien, Bergkarabach und Südossetien befinden.

Die Autonomiebestrebungen Transnistriens gehen vor allem auf die geschichtlich starke Anlehnung an Moskau zurück, die im Transnistrien-Konflikt der 1990er Jahre aufbrach. Transnistrien wollte vor allem seine großen Industriebetriebe, ein Erbe der Sowjetzeit, nicht an die Zentralregierung im mehrheitlich landwirtschaftlich geprägten Moldawien abtreten.

### Unklare Zukunft

Trotz der ausgeprägten Industrie liegt die Wirtschaft des Landes heute allerdings am Boden, da eine anarchische Verwaltung, enorme Korruption und „Privatisierungen“ durch Oligarchen die Entwicklung hemmen. Dazu kommt der florierende Schmuggel an der ukrainischen Grenze, der die Staatseinnahmen zusätzlich stark belastet.

Die Zukunft der Region ist unklar. Nachdem das Land zwar weiterhin auf seiner Unabhängigkeit beharrt, es aber auch nicht sehr von seinem ehema-

ligen Verbündeten Russland unterstützt wird, sind weitere Konflikte programmiert. Als nicht anerkannter Staat fließen auch keine offiziellen Investitionshilfen des Westens ins Land, die allesamt die Zentralregierung in Moldawien passieren müssen.

Die „Regierung“ in Transnistrien weist Züge einer autoritären Führung auf, da die letzten Wahlen nach Urteilen von Beobachtern nicht internationalen Standards entsprachen und es noch dazu weitreichende Probleme mit der Achtung der Menschenrechte und der Religionsfreiheit gibt.

Da ein eigenständiges Überleben für die 500.000-Einwohner-Region eher unwahrscheinlich ist, befürwortet der transnistrische Präsident Igor Smirnow einen Beitritt zur Russischen Föderation. Für Russland ist Transnistrien noch am ehesten wegen seiner (allerdings überalterten) Rüstungsbetriebe und der Stationierung von Truppen als Nato-Gegenpol interessant.

Arno Maierbrugger